
Analysen und Leitbilder des Kapitalismus

Rezension von: Jürgen Kromphardt,
Analysen und Leitbilder des Kapitalismus
von Adam Smith bis zum Finanzmarkt-
kapitalismus, Metropolis, Marburg 2015,
344 Seiten, broschiert, € 29,80;
ISBN 978-3-731-61131-8.

Das 1979 in erster Auflage erschienene Standardwerk Jürgen Kromphardts „Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus“ war mir während meines Volkswirtschaftsstudiums in den 1980er-Jahren eine unverzichtbare Orientierungshilfe: Es ermöglichte den interessierten Studierenden die Einordnung der verschiedenen ökonomischen Paradigmen einerseits in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der jeweiligen Epochen, andererseits aber auch in die aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

Denn dies war eine Zeit, in der die Paradigmen tatsächlich noch konkurrierten: In der Wirtschaftspolitik, wo zumindest in Österreich noch eine heftige Abwehrschlacht des nationalstaatlich erfolgreichen Konzepts des Austrokeynesianismus gegen die internationale Gegenrevolution des Neoliberalismus tobte, aber auch in der Lehre. Unterschiedliche Theorien, ihre geistesgeschichtliche Basis, die als zentral erachteten wirtschaftlichen Herausforderungen und wirtschaftspolitischen Lösungsansätze fanden sich in den Standardlehrbüchern und wurden auch unterrichtet, die Originalwerke in Seminaren und Lesekreisen bearbeitet.

Den Studierenden der heutigen Ge-

nerationen sind Analyse und Diskussion unterschiedlicher Denktraditionen und konkurrierenden Paradigmen kaum mehr in dieser Form möglich. In der Wirtschaftspolitik dominiert mehr oder weniger ein simplifiziertes neoklassisches Paradigma, an den Universitäten wird nach Lehrbüchern unterrichtet, die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik meist allein aus dieser Sichtweise behandeln, Theoriegeschichte und Wirtschaftsgeschichte werden weitgehend vernachlässigt. Dies rächt sich bitter, weil die Finanzkrise und ihre vielfältigen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen die akademische Ökonomie weitgehend ratlos dastehen lassen und damit auch die Bedeutung der Universitäten für die Beratung der Politik – meist zu Recht – marginalisiert wurde.

Jürgen Kromphardt, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin, ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrates und Ehrenvorsitzender der „Keynes Gesellschaft“ hat hier als einer von wenigen immer dagegen gehalten. Deshalb ist es so besonders erfreulich, dass Kromphardt nun 82-jährig eine Neufassung des Standardwerks von 1979 unter dem Titel „Analysen und Leitbilder des Kapitalismus von Adam Smith bis zum Finanzmarktkapitalismus“ vorlegt.

Das Ziel des Buches ist es, Studierenden und allen anderen Interessierten die zentralen wirtschaftstheoretischen Leitbilder von vier prägenden Epochen der kapitalistischen Entwicklung näherzubringen. Für jede dieser vier Epochen werden zunächst die wichtigsten Charakteristika der wirtschaftlichen Situation dargestellt, ohne die die Analysen und Leitbilder der führenden Ökonomen nicht verständlich wären. Sodann werden Adam

Smiths einfaches System natürlicher Freiheit für die Epoche des frühen Industriekapitalismus, John Stuart Mills Wirtschaftskonzeption des klassischen Liberalismus und Karl Marx' Kritik am Kapitalismus für die Epoche des unbeschränkten Kapitalismus, John Maynard Keynes' Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung sowie die Gegenpositionen von Neoliberalismus und Angebotsökonomie für die Epoche des Kapitalismus nach der Weltwirtschaftskrise und schließlich die zeitgenössischen Analysen der Epoche des Finanzkapitalismus behandelt. Jedes Kapitel wird durch hilfreiche Literaturempfehlungen beendet, die die weitere Beschäftigung mit dem Thema erleichtern.

Die vielleicht wichtigste Erkenntnis für die LeserInnen besteht im klaren Aufzeigen des historischen Charakters des kapitalistischen Systems und der daraus abzuleitenden Schlussfolgerung, dass im Kapitalismus immer wieder neue Fragestellungen und Probleme auftauchen, die auch die ökonomischen Theorien ständig vor neue Herausforderungen stellen.

Zunächst widmet sich Kapitel 1 des Buches den charakteristischen Merkmalen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Hervorgehoben werden die Entscheidung durch private, individuelle Eigentümer an den Produktionsmitteln oder ihre Verfügungsberechtigten; die Koordination durch Märkte; die Motivation durch rationales individuelles und rentabilitätsgetriebenes Handeln.

In Kapitel 2 wird daraufhin auf knappe und prägnante Weise gezeigt, wie das Vordringen der Geldwirtschaft und das Aufblühen der Städte den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus befördern. So entstehen der (Fern-)Handel und der Markt. Beson-

ders günstige Bedingungen für die Entwicklung industriekapitalistischer Institutionen herrschten in England Ende des 18. Jahrhunderts: Erstens, die Herausbildung neuer Produktionstechniken auf Basis der fortschreitenden Spezialisierung in den Manufakturen sowie des technischen Fortschritts durch die Erfindung neuer Maschinen und den Einsatz der Dampfkraft zunächst in der Textilindustrie. Zweitens, die Existenz einer freien besitzlosen Klasse, der ArbeiterInnen, die kein Eigentum an Produktionsmitteln, aber auch keine feudalen Bindungen hatten und in den Städten zusammenströmten. Drittens, das Entstehen großer Absatzmärkte durch die zentrale Rolle des Staates (vor allem der britischen Flotte) für die Förderung der Exportwirtschaft. Viertens, die Herausbildung von Geldkapital und Kapitalakkumulation, die es ermöglichte, Gewinne in Investitionen zu übertragen.

Adam Smith war der kongeniale Analytiker des unbestreitbaren Erfolgs dieses neuen Wirtschaftssystems. Durch sein tiefes Interesse an sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen war er in der Lage, den zentralen Stellenwert von Arbeit und Arbeitsteilung für die Entstehung von Einkommen, der Koordination der arbeitsteiligen Produktion durch Marktpreise und des Geldes als Tauschmittel zu erkennen. Daraus leitete er sein einfaches System natürlicher Freiheit ab, in dem die unsichtbare Hand den eigennützig Handelnden zur Förderung von Wohlstand und Reichtum der Gesellschaft führt. Kromphardt arbeitet klar heraus, wie entscheidend für Smith die Überwindung der merkantilistischen Beschränkungen („des elenden Monopolgeistes“) war, zeigt aber auch, welchen hohen Stellenwert Smith dem Staat für

das Funktionieren des Wirtschaftssystems zumaß (von der Sicherheit für die Wirtschaftsakteure über das Bildungssystem bis zum Transportwesen). Smiths Leitbild des Kapitalismus entsprach damit präzise den wohlverstandenen Interessen des aufstrebenden Bürgertums, das sich durch die feudalistischen Einschränkungen und Monopole in seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Freiheiten behindert sah.

Was Smith in der Beurteilung von Jürgen Kromphardt allerdings nicht ausreichend erkannte, waren zunächst die Gefahren des Entstehens privater Monopole. Damit in Zusammenhang stehend war sich Smith zwar der Interessengegensätze zwischen Unternehmern und ArbeiterInnen bewusst, er konnte daraus allerdings nicht die logische Schlussfolgerung der Notwendigkeit eines politischen Zusammenschlusses der abhängig Beschäftigten ziehen. Schließlich vernachlässigte Smith – wohl aufgrund der Expansion der Wirtschaft – die Möglichkeit gesamtwirtschaftlicher Störungen, etwa infolge von Nachfragemangel.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte die industriekapitalistische Wirtschaftsweise auch Teile des Kontinents erobert, Industrialisierung und starkes Bevölkerungswachstum prägten die Expansion, die allerdings immer wieder von tiefen Konjunkturkrisen unterbrochen war. In der Zukunft der Ökonomen mehrten sich die düsteren Prognosen, die sich etwa in den Bevölkerungsgesetzen eines Thomas Malthus oder den Erwartungen erlahmender Kapitalakkumulation bei David Ricardo niederschlugen. So bestand dringender Bedarf an einer kraftvollen Verteidigung von Privateigentum und Kapitalismus. Sie wurde von John

Stuart Mill geliefert, dessen „Principles of Political Economy“ (1848) für lange Zeit die Bibel zumindest der englischsprachigen Ökonomie wurde.

Im Mittelpunkt des Mill'schen Leitbildes, dem Jürgen Kromphardt die erste Hälfte des dritten Kapitels widmet, steht die Forderung nach Freiheit für das Individuum. Aus ihr leitet Mill auch die ökonomische und moralische Sinnhaftigkeit des Privateigentums und den Grundsatz des *laissez faire* ab. Doch John Stuart Mill war sich der Grenzen von Freiheit, Privateigentum und Marktwirtschaft in einem Ausmaß bewusst, das in der heutigen Rezeption oft vernachlässigt, von Kromphardt aber pointiert dargestellt wird. Zwar hatte Mill einen sehr formalistischen Freiheitsbegriff und war deshalb nicht in der Lage, die materiellen Voraussetzungen für Freiheit ausreichend zu würdigen. Doch erkannte er klar die Grenzen der individuellen Freiheit, die durch die Verantwortung für die Folgen des Handelns auf Dritte entstehen. Ebenso postulierte er Grenzen des Privateigentums etwa an Boden oder auch in der Höhe von Erbschaften, plädiert für die Bildung von Arbeiterkoalitionen und -assoziationen sowie Beschränkungen der Arbeitszeit als Voraussetzungen für das Funktionieren freier Arbeitsmärkte und erhoffte sich davon langfristig die Überwindung der Interessengegensätze zwischen den Klassen. Hingegen scheiterte Mill an der Erklärung der zyklischen Krisen des unbeschränkten Kapitalismus, auch weil er sich nicht vom Say'schen Gesetz lösen konnte, wonach jedes Angebot sich seine Nachfrage schafft.

Mills Ziel bestand darin, die Vorzüge von Kapitalismus und Privateigentum hervorzuheben. Dem nahezu zeit-

gleich – das Kommunistische Manifest erschien im gleichen Jahr wie Mills „Principles“ – publizierenden Karl Marx ging es hingegen darum, die inneren Widersprüche zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und den Eigentumsverhältnissen herauszuarbeiten. Die Konkurrenz zwingt die Kapitalisten, den technologischen Fortschritt voranzutreiben und Kapital zu akkumulieren, womit die Produktionskraft immer stark ausgeweitet wird. Hingegen bleibt die Konsumtionskraft der Gesellschaft zurück, weil die Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten die breite Masse der ArbeiterInnen auf Subsistenzniveau verharren lässt.

Marx' Theorie von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nimmt daher die Analyse der bereits im 19. Jahrhundert immer wieder auftretenden Wirtschaftskrisen auf, die im rapiden Fall der Profite, dem Auftreten von Konkursen und der damit einhergehenden Kapitalvernichtung zum Ausdruck kommen. Marx sieht den Kapitalismus dem Untergang geweiht, doch seine und Friedrich Engels' diesbezügliche Prognosen haben sich nicht erfüllt. Aus Sicht von Jürgen Kromphardt hat dies vor allem mit dem Aufstieg der Gewerkschaften zu tun, denen es gelang, die Reallöhne im Großen und Ganzen mit dem Anstieg der Arbeitsproduktivität und damit die Konsumnachfrage mit dem Produktionsvolumen wachsen zu lassen. Dazu kamen die stabilisierenden staatlichen Eingriffe durch den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und später auch antizyklische Konjunkturpolitik.

Es dauerte bis in die späten 1920er-Jahre, bis der Kapitalismus tatsächlich in seine schwerste Krise geriet, die seine wirtschaftliche und politische Anziehungskraft deutlich schmälerte. Den

weitgehenden Folgen für die Wirtschaftstheorie widmet Kromphardt das vierte Kapitel seines Buches. Die vorherrschende neoklassische Theorie war aufgrund ihrer einzelwirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Herausforderungen der Depression auch nur annähernd zu erfassen. Die dafür notwendige makroökonomische Theorie lieferte der britische Liberale John Maynard Keynes, der mit seiner Staatseingriffe legitimierenden Theorie politisch das Ziel verfolgte, den Kapitalismus zu stabilisieren und den Übergang in eine sozialistische Planwirtschaft zu verhindern.

Im Mittelpunkt der Analyse von Keynes' „General Theory“ stehen die Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und das Zusammenspiel von Güter- und Geldmarkt, die im Rahmen einer Theorie der monetären Produktion den Arbeitsmarkt bestimmen. Als konjunkturbestimmend erweisen sich die in die Zukunft gerichteten Investitionsentscheidungen, die unter den charakteristischen Rahmenbedingungen fundamentaler Unsicherheit der Erwartungen starke Schwankungen aufweisen. Daraus leitet Keynes die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Steuerung der Investitionen ab, um die Nachfrage auf dem Niveau der Vollbeschäftigung halten zu können. Hingegen sind allgemeine Senkungen des Lohnniveaus – im Gegensatz zur Auffassung der Wirtschaftspolitik der 1930er-Jahre und der 2010er-Jahre – nicht in der Lage, Arbeitslosigkeit zu verringern.

Keynes zeigt hier die Unzulässigkeit der Verallgemeinerung einzelwirtschaftlicher Erkenntnisse: Während einzelne ArbeiterInnen durch Akzeptanz eines niedrigeren Lohnes durch-

aus eine Stelle bekommen können, gilt dies gesamtwirtschaftlich durch den damit verbundenen Ausfall an Konsumnachfrage nicht. Keynes' Krisentheorie ist eine fehlender effektiver Nachfrage und nicht eine fehlender Flexibilität von Löhnen und Preisen, wie in der neoklassischen Synthese, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Standardlehrbüchern als „Keynesianismus“ verkauft wurde.

Kromphardt sieht diese Fehlinterpretation aber schon in der „General Theory“ selbst angelegt, die den Arbeitsmarkt nicht ausreichend analysierte. Ein zweites Versäumnis vieler KeynesianerInnen sieht er in der mangelnden Aufmerksamkeit für die Angebotsseite und die Determinanten der Inflation.

Dies waren auch die Einfallstore für die Rückkehr der neoliberalen Leitbilder einer selbstregulierenden Marktwirtschaft, die die keynesianische Vorherrschaft in Politik und Theorie ab den 1970er-Jahren bedrängte. Kromphardt nimmt im zweiten Teil des vierten Kapitels die neoklassische Theorie als analytische Grundlage des Neoliberalismus auf. Dies wirkt zunächst etwas befremdlich, weil die von Großbritannien, Frankreich und Österreich ausgehende neoklassische Theorie ja schon die Wirtschaftswissenschaft des späten 19. Jahrhunderts und auch die Wirtschaftspolitik der folgenden Jahrzehnte geprägt hatte. Doch aus heutiger Sicht ist die Neoklassik als ein Teil der neoliberalen Gegenrevolution der 1980er-Jahre bedeutend. Obwohl Friedrich August von Hayeks Analyse sich in vielen Belangen – etwa seiner Betonung der wirtschaftlichen Dynamik und damit zusammenhängend des für den Kapitalismus typischen Ungleichgewichts – von jener der Neoklassik unterschied, einte die beiden

Zugänge die Überzeugung von der Schädlichkeit des Staatseinflusses.

Mit Einschränkungen gilt dies auch für die weiteren von Kromphardt in den Grundzügen dargestellten Teile der neoliberalen Gegenrevolution wie dem Ordoliberalismus, der die wichtigste Staatsaufgabe in der Herstellung von Wettbewerb sah, dem Monetarismus Milton Friedmans und der Angebotstheorie. Kromphardt sieht in Letzterer vor allem die Überlegungen Joseph Schumpeters zur aktiven Rolle der innovierenden UnternehmerInnen als bedeutend an.

Kapitel 5 trägt den Titel „Vom Wohlfahrtskapitalismus zum Finanzkapitalismus – und zurück?“. Kromphardt stellt die in den 1980er-Jahren auf Basis der neoliberalen Empfehlungen beginnende Deregulierung der Finanzmärkte dar, die das Entstehen von Finanzinnovationen und eine rasche Zunahme der Finanzspekulation ermöglichte. Damit gingen eine zunehmende Orientierung an kurzfristigen Zielen und den Interessen der Aktienbesitzer sowie eine Explosion der Spitzeneinkommen und eine Ausweitung der Ungleichheit einher. Die Dominanz des Finanzsystems veränderte zusammen mit der Globalisierung der Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte das Gesicht des Kapitalismus und die Handlungsspielräume demokratisch legitimierter nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik markant.

Gerade heute in der Finanzkrise stellt sich die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus aufs Neue. Eine nüchterne Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftswissenschaftlichen Leitbilder vergangener Phasen der kapitalistischen Entwicklung kann hier nutzbringend beitragen. Ein neues Leitbild, das die Erfahrun-

gen der Finanzkrise aufarbeitet und kongruent zusammenführt, zeichnet sich derzeit allerdings noch nicht ab.

Für Jürgen Kromphardt ist entscheidend, wie weit es gelingt, den Kapitalismus durch eine an gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen ausgerichtete Regulierung der Finanzmärkte, der Gütermärkte und der Arbeitsmärkte einzuhegen und gleichzeitig das ernste Problem zunehmender

Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu bewältigen. Auf eine Antwort auf die Frage, ob dies eher mit einem Untergang des Kapitalismus zu erreichen ist oder ein „guter“ Kapitalismus doch möglich ist, will sich Jürgen Kromphardt zum Schluss seines überzeugenden und empfehlenswerten Buches dann doch nicht festlegen.

Markus Marterbauer

Wirtschaftliche Stagnation als „neue Normalsituation“?

Rezension von: James Galbraith, *The End of Normal. The Great Crisis and the Future of Growth*, Simon and Schuster, New York 2014, 291 Seiten, gebunden, € 25; ISBN 978-1-451-64492-0.

Viele entwickelte Volkswirtschaften – insbesondere in der Eurozone – stecken seit einigen Jahren in einer Situation fest, die im Vergleich zur Zeit vor der Finanzkrise 2008/09 durch deutlich niedrigeres Wirtschaftswachstum sowie durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Warum verlief die Erholung von der Finanzkrise in den letzten Jahren im historischen Vergleich sehr schleppend? Geht Europa das Wachstum aus? Ist das Wirtschaftswachstum aus den Vorkrisenjahren überhaupt ein sinnvoller Referenzwert, wenn es darum geht, die aktuelle ökonomische Entwicklung einzuschätzen? Wird es unmöglich sein, in den nächsten Jahren mittels einer rasch wachsenden Wirtschaft die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen? Wenn ja, was bedeutet das für die Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Diese Fragen prägen zunehmend die wirtschaftspolitische Debatte. Sie lassen sich anhand des vorliegenden Bandes besonders anschaulich diskutieren. Galbraiths Analyse ist zwar bereits im Jahr 2014 erschienen, wird jedoch noch für viele Jahre nicht an Aktualität verlieren, weil sie eine progressive Perspektive auf die bestehenden und für die Zukunft zu erwartenden makroökonomischen Probleme eröffnet.

Galbraith, Professor für Ökonomie an der University of Texas in Austin, argumentiert, dass relativ stabiles Wirtschaftswachstum, welches einen Großteil der Nachkriegszeit sowohl in den USA als auch in Europa charakterisiert hat, nicht mehr erreichbar sei. Es sei gefährlich, nach der Finanzkrise davon auszugehen, dass jene Zustände, die in der Vorkrisenzeit als „normal“ galten, einfach wieder zurückkehren werden. Die sich vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis kurz nach der Jahrtausendwende erstreckende Zeit sei eine Ausnahmepériode gewesen, welche keinen sinnvollen Referenzrahmen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung darstelle.

Nun sei es an der Zeit, sowohl auf analytischer als auch auf wirtschaftspolitischer Ebene umzudenken. Dies könne nur durch eine Abkehr von neoklassischen Wachstumsmodellen und *Mainstream*-Makromodellen bewerkstelligt werden, da diese viel dazu beigetragen hätten, einen blinden Glauben an die Effizienz lax regulierter Märkte und einen unreflektierten Wachstumsoptimismus zu fördern.

Niedrigeres Wirtschaftswachstum?

Galbraith wendet sich entschieden gegen *Mainstream*-Modelle, in denen die Selbstregulierungskräfte der Märkte die Wirtschaft zur Vollbeschäftigung zurückführen. Gleichzeitig kritisiert Galbraith aber auch die Haltung keynesianischer ÖkonomenInnen, welche die Auffassung vertreten, es handle sich bei der bestehenden Wachstumsschwäche ausschließlich um ein „technisches Problem“: „[T]he problem isn't with the economic engine, which is as powerful as ever. Instead, we're talking about what is basically a technical pro-

*blem, a problem of organization and coordination [...] Solve this technical problem, and the economy will roar back to life.*¹

Galbraith sieht das anders: „*The institutional, infrastructure, resource basis, and psychological foundation for a Keynesian revival no longer exist.*“ (S. 168) Er behandelt vier Gründe dafür, dass es kein Zurück zu den Jahren 1945 bis 2007 geben wird: Erstens, die Entwicklung der Preise an den Energiemärkten bleibe höchst unsicher. Das vorherrschende Technologiesystem sei stark von Energie- und Rohstoffpreisen abhängig; die Unsicherheit und Instabilität auf den relevanten Märkten verursache für viele Unternehmen schwankende Gewinnmargen und immer wieder auftretende Verluste. In einer Welt der Abhängigkeit von finanzierten, spekulativen Rohstoffmärkten werde das Wirtschaftswachstum fragil bleiben und durchschnittlich bestenfalls moderat ausfallen.

Zweitens stehe die Weltwirtschaft nicht mehr unter der effektiven militärischen und finanziellen Kontrolle der USA und ihrer Verbündeten. Die Militärmacht der USA sei seit dem Ende des Kalten Krieges wiederholt in Frage gestellt worden, und die finanzielle Macht habe nicht zuletzt durch die Finanzkrise stark gelitten. Die aufstrebenden Mächte China und Indien seien jedoch nicht in der Lage, auf globaler Ebene eine ähnliche Macht- und Kontrollfunktion zu entwickeln wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg.

Als dritten Erklärungsfaktor für ein Ende des „alten Normalen“ führt Galbraith ins Treffen, dass wir uns in einem Zeitalter des technologischen Wandels befinden, dessen digitale Technologien zu einem fortgesetzten

Abbau von Arbeitsplätzen führen. Die durch die neuen Technologien hervorbrachten Arbeitsstrukturen würden deutlich weniger neue Arbeitsplätze schaffen, als sie alte zerstören, und dies reduziere auch die Aussichten für profitable ökonomische Aktivität.

Als vierten und letzten Grund diskutiert Galbraith schließlich die Rolle des Finanzsektors. Dieser könne nicht mehr – wie das zu Zeiten der Finanzialisierung von den 1980er-Jahren bis zur globalen Finanzkrise der Fall war – als „Wachstumsmotor“ fungieren. Das alte Wachstumsmodell, getrieben durch Finanzmarktspekulation, sei ein Auslaufmodell.

Auch wenn Galbraith erwähnt „*[that a] new economics must rest on a biophysical and institutional framework*“ (S. 237), bleibt in seiner Diskussion zu den Grenzen des zukünftigen Wirtschaftswachstums die Bedeutung ökologischer Aspekte weitgehend unbehandelt. Aus der Perspektive der ökologischen Ökonomie stellt dies mit Sicherheit einen zentralen Kritikpunkt an seinem Buch dar.²

Galbraiths institutionalistisch geprägte Sichtweise unterscheidet sich grundlegend von den Erklärungen für schwaches Wirtschaftswachstum, die von *Mainstream*-Ökonomen wie Summers (2015), Krugman (2014) oder Rogoff (2015) vorgebracht werden. Erstens, weil – im Gegensatz zu Galbraith – sich diese Ökonomen an der Vorkrisenzeit als Wachstumsreferenzrahmen orientieren, was Galbraith ablehnt. Zweitens, weil weder natürliche Ressourcen noch institutionelle Verschiebungen betreffend den Finanzsektor für die Erklärung anhaltend schwachen Wachstums in deren Denkraum eine gewichtige Rolle spielen. Drittens, weil Galbraith für den richti-

gen Umgang mit dem „neuen Normalen“ eine progressive politische Vision propagiert, was ihn markant von technokratischen Ökonomen wie Larry Summers unterscheidet.

Neue Wirtschafts- und Sozialpolitik

Galbraith schlägt eine Alternative vor, um den veränderten Rahmenbedingungen des „neuen Normalen“ gerecht werden zu können: das Wirtschaftssystem so umzubauen, dass die Wirtschaft über lange Zeit mit einer niedrigen, stabilen Rate wachsen kann. Um den Umbau zu dieser qualitativ anderen Form des Kapitalismus bewerkstelligen zu können, liefert er eine politische Vision.

Galbraith streicht die steigende Bedeutung sozialer Sicherungsnetze und eines funktionierenden öffentlichen Gesundheitssystems heraus. Die Regulierungsarchitektur des Finanzsektors müsse auf neue Beine gestellt werden; zudem erforderten die Rahmenbedingungen des „neuen Normalen“ den offensiven Ausbau des Sozialstaates. Galbraiths Vision steht damit in offenem Widerspruch zu konservativen Forderungen nach einem „Zurechtstutzen“ des Sozialstaates.

Galbraith tritt außerdem für ein garantiertes Grundeinkommen sowie für Arbeitszeitverkürzung ein; nicht zuletzt, um auf die Auswirkungen der seines Erachtens per Saldo arbeitsplatzvernichtenden neuen digitalen Technologien zu reagieren. Er betont die Bedeutung einer markanten Anhebung des Mindestlohnes und von steuerpolitischen Maßnahmen, die den Lohnanteil am Volkseinkommen erhöhen. Die Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen müsse gestärkt werden, denn

höheres Lohnwachstum für untere und mittlere EinkommensbezieherInnen sei ein wesentlicher Aspekt einer ausbalancierten Ökonomie. Alle Unternehmen, deren Aktivitäten stark auf *Rent Seeking* abzielen, müssten höher besteuert werden. *Too Big to Fail*-Banken müssten zerschlagen und Banken im Besitz der öffentlichen Hand, die gemeinwirtschaftliche Zielsetzungen verfolgen, gefördert werden.

Ob Galbraiths politische Vision radikal genug ist, wird in progressiven Kreisen wohl diskussionsbedürftig sein; dies gilt auch für die Details und Bedingungen der Einführung einiger der propagierten Maßnahmen (bspw. des garantierten Grundeinkommens). Eine augenscheinliche Schwäche hat Galbraiths Buch jedenfalls: Dort, wo es um die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise geht, werden Einkommens- und Vermögensungleichheiten erstaunlicherweise nur am Rande diskutiert, obgleich die heterodoxe Makrofor schung zu den relevanten Zusammenhängen bereits wichtige Erkenntnisse geliefert hat.³

In der von Galbraith beschriebenen Welt, in welcher der wirtschaftliche Kuchen deutlich langsamer wachsen wird als in der Zeit zwischen 1945 und 2007, werden die Verteilungskonflikte aller Voraussicht nach weiter zunehmen. Maßnahmen zur Reduktion bestehender Einkommens- und Vermögensungleichheiten erscheinen vor diesem Hintergrund als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe.

Ein weiterer Schwachpunkt von Galbraiths Buch besteht darin, dass es die Eignung des Indikators BIP nicht grundsätzlich und systematisch hinterfragt, obgleich eine breite Literatur darauf hinweist, dass der volkswirtschaftliche Output als Maß für ökonomische

Leistung, Wohlbefinden der Bevölkerung und sozialen Fortschritt zu kurz greift.⁴

Wilkinson und Pickett (2009) zeigen etwa, dass es in entwickelten Volkswirtschaften keinen linearen Zusammenhang gibt, demzufolge mehr Wirtschaftswachstum stets zu höherer Lebenserwartung und mehr Lebenszufriedenheit führen würde. Daran anschließend präsentieren sie umfassende empirische Evidenz, dass höhere Einkommensungleichheit in entwickelten Volkswirtschaften zu vermehrten Gesundheitsproblemen in der Bevölkerung – etwa in Bezug auf psychische Erkrankungen oder Übergewicht – sowie zu einem stärkeren Auftreten von Phänomenen mangelnden sozialen Zusammenhalts (z. B. Gewaltverbrechen) führt. Das Argument, dass Maßnahmen für geringere Einkommensungleichheit Gesellschaften kooperativer und gesünder machen, erscheint als eine sinnvolle Ergänzung des von Galbraith formulierten politischen Maßnahmenkatalogs für das „neue Normale“.

Es bleibt festzuhalten, dass weder Galbraith noch andere ÖkonomenInnen genau wissen können, wo für die nächsten paar Jahre die Wachstumsbeschränkungen der USA und europäischer Volkswirtschaften liegen. Besonders in Europa ist die wirtschaftliche Unterauslastung jedenfalls weiterhin erheblich; das zeigen selbst offizielle Outputlücken-Berechnungen der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds.⁵ Die weiterhin vorherrschende Unterauslastung ist aus keynesianischer Sicht maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Lohnkürzungs- und Budgetkonsolidierungspolitik seit 2010 in vielen europäischen Ländern eine Erho-

lung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verhindert hat.

Am Ende gibt es deshalb nur einen möglichen Weg, um die Frage zu beantworten, wie weit die europäische Wirtschaft tatsächlich hinter ihrem Produktionspotenzial zurückbleibt: Die europäische Wirtschaftspolitik müsste aggressive expansive Maßnahmen ergreifen, was vor allem einen fiskalpolitischen Kurswechsel erforderlich macht, dem eine koordinierte Initiative für mehr öffentliche Investitionen zugrunde liegt.

In einer Situation, die durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, extrem niedrige Zinsen und Deflationsdruck gekennzeichnet ist, wäre es aus ökonomischer Sicht überaus sinnvoll, den Versuch zu unternehmen, so viele unfreiwillig arbeitslose Menschen wie möglich wieder in Beschäftigung zu bringen. Dies gilt umso mehr, weil die Geldpolitik der EZB die Grenzen ihrer Wirksamkeit seit Längerem erreicht hat; verstärktes *Quantitative Easing* wird angesichts der pessimistischen Erwartungen vieler Unternehmen kaum zur Ankurbelung des Wachstums und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen können, solange ein fiskalpolitischer Kurswechsel ausbleibt.

Die Regierungen der Eurozoneländer, die heute langfristige Anleihen mit Zinsen nahe Null begeben, würden jedenfalls zahlreiche Investitionsprojekte finden, die einen Ertrag weit über 0% abwerfen. Die Regierungen Europas müssten die aktuell extrem niedrigen Zinsen und die hohen Ertragsaussichten öffentlicher Investitionsprojekte deshalb nutzen, um in Forschung, Bildung und Infrastruktur zu investieren. Durch derartige Investitionen bestünden auch gute Aussichten, das Produktionspotenzial der europäischen

Wirtschaft langfristig heben zu können. Das Problem in Europa besteht darin, dass öffentliche Investitionen derzeit durch das bestehende, rigide europäische Fiskalregelwerk auf ökonomisch unsinnige Weise beschränkt sind.

Trotz der Erforderlichkeit staatlicher Stimulierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der vorherrschenden Unterauslastung in Europa gilt das, was Galbraith überzeugend darlegt: Ein wirtschaftspolitischer Anstoß durch öffentliche Investitionen ist notwendig, aber nicht hinreichend, um die vorherrschenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen in weiten Teilen Europas lösen zu können. Denn die bestehende Institutionenkonstellation ist reformbedürftig, weshalb ökonomisch und regulierungspolitisch umgedacht werden müsste, um auf diesem Weg Maßnahmen einzuleiten, die auf eine stabilere und inklusive Form des Kapitalismus hinwirken.

Man könnte in diesem Zusammenhang von einer verteilungsorientierten, progressiven Strukturpolitik sprechen: Verkleinerung des hypertrophen Finanzsektors; neue Regulierungsarchitektur für die Finanzmärkte; Stärkung von Institutionen, welche die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen stärken; offensiver Ausbau des Sozialstaates; steuerliche Entlastung von Arbeit bei höherer Besteuerung von Erbschaften und exorbitant hohen Vermögen. In der Eurozone wäre außerdem eine Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten erforderlich, vor allem im Hinblick auf eine gemeinsame Fiskalpolitik (Stichwort Fiskalunion).

James Galbraith gelingt es, eine fundierte ökonomische Analyse mit einer Analyse der (politischen) Institutionen

zu verbinden. Er liefert einen wichtigen Beitrag zu einigen zentralen politökonomischen Forschungsfeldern. Mit seinen Argumenten für einen Umbau des bestehenden Systems im Hinblick auf die Erzielung langsameren, stabileren Wachstums drängt Galbraith auf eine Verschiebung im ökonomischen Diskurs, der über die begrenzten Erklärungs- und Lösungsansätze von *Mainstream*-ÖkonomenInnen wie Summers, Krugman et al. hinausgehen muss. „The End of Normal“ wird so schnell nicht an Aktualität verlieren, denn wir leben 2016 nicht mehr in der Welt von 1945 bis 2007, und die Anforderungen für neues, auf die veränderten Rahmenbedingungen ausgerichtetes ökonomisches Denken sind drängend.

Philipp Heimberger

Anmerkungen

- ¹ Krugman (2012): S. 22.
- ² Für eine Sichtweise der ökologischen Ökonomie auf die Grenzen des Wirtschaftswachstums siehe z. B. Victor (2010).
- ³ Siehe z. B. Stockhammer (2015) und die darin zitierte Literatur.
- ⁴ Siehe z. B. Stiglitz et al. (2009).
- ⁵ Für die Eurozone berechnet die Europäische Kommission aktuell für das Jahr 2015 eine Outputlücke von $-1,8\%$ des Produktionspotenzials, was Unterauslastung anzeigt. Der IWF berechnete mit $-2,1\%$ einen noch etwas stärker negativen Wert. Die Differenz geht auf Berechnungsunterschiede für das Produktionspotenzial (*Potential Output*) zurück. Es gibt jedoch gewichtige Argumente dafür, dass die offiziellen Berechnungen das vorherrschende Ausmaß der Unterauslastung in der Eurozone erheblich unterschätzen; vgl. z. B. Klär (2013).

Literatur

- Klär, Erik, Potential Economic Variables and Actual Economic Policies, in: Inter-economics: Review of European Economic Policy 48/1 (2013) 33-40.
- Krugman, Paul, End this Depression Now! (New York 2012).
- Krugman, Paul, Four observations on secular stagnation, in: Teulings, Coen; Baldwin, Richard, Secular Stagnation: Facts, Causes, and Cures (London 2014) 61-68.
- Rogoff, Kenneth, Debt supercycle, not secular stagnation, in: VoxEU (22.4. 2015); <http://www.voxeu.org/article/debt-supercycle-not-secular-stagnation> (zuletzt abgerufen am 10.3.2016).
- Stiglitz, Joseph; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul, Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009); online: http://www.insee.fr/fr/publications-et-services/dossiers_web/stiglitz/doc-commission/RAPPORT_anglais.pdf (zuletzt abgerufen am 10.3.2016).
- Stockhammer, Engelbert, Rising inequality as a cause of the present crisis, in: Cambridge Journal of Economics 39/3 (2015) 935-958.
- Summers, Larry, Demand-Side Secular Stagnation, in: American Economic Review: Papers and Proceedings 105/5 (2015) 60-65.
- Victor, Peter, Ecological economics and economic growth, in: Annals of the New York Academy of Sciences 1185 (2010) 237-245.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate, The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone (London 2009).